



<b>STELLUNGNAHME zur Anfrage</b> GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	<b>2019/0404</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 3</b>
<b>Berufseinstiegsbegleitung beim Übergang Schule-Beruf in Karlsruhe sichern</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>14.05.2019</b>	<b>73</b>		

### **1. Wie bewertet die Stadt Karlsruhe den Stellenwert der Berufseinstiegsbegleitung an sieben Karlsruher Schulen?**

Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein bundesweit verfügbares Instrument zur individuellen Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Beim Übergang Schule-Beruf stellt sie ein schulnahes, jedoch kein schulisches Instrument dar. Die Arbeit der Berufseinstiegsbegleiter und -begleiterinnen bezieht Betriebe mit ein und unterstützt das Konzept der Berufswegeplanung an Schulen, ohne jedoch die Übernahme von Unterrichtsvertretung.

Insofern hat sich der Einsatz einer individuellen Berufseinstiegsbegleitung für leistungsschwächere Schüler (Hauptschulniveau) als durchaus sinnvoll erwiesen, wenn den pädagogischen und berufs begleitenden Anforderungen des Konzeptes entsprochen wird.

### **2. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Karlsruhe, sich – ggf. mit anderen betroffenen Kommunen in Baden-Württemberg – für die Weiterführung der Maßnahme einzusetzen?**

Eine Möglichkeit wäre beispielsweise eine Anfrage an die Landesregierung durch den Städtetag. Aufgrund der Kulturhoheit der Länder ist eine gemeinsame Verantwortung der Länder und des Bundes für die Berufseinstiegsbegleitung richtig und notwendig. Da die Berufseinstiegsbegleitung dem Bildungsföderalismus der Länder unterliegt, ist es notwendig, dass die Kulturhoheit der Länder und die ordnungspolitische Hoheit des Bundes sich über eine Vielzahl der anerkannten Ausbildungsberufe in Deutschland einigen.

Eine Abfrage der Bundesagentur für Arbeit bei den Kultusministerien der Länder zeigte jedoch, dass sich bislang nur der Freistaat Bayern zur Sicherung der Berufseinstiegsbegleitung bekennt.

### **3. Gibt es hierzu bereits Initiativen des Städtetags?**

Nach aktuellem Kenntnisstand des Bürgermeisteramtes gibt es hierzu bislang keine Initiativen des Städtetags.